**Absender
ALFA-Fraktion**

Drucksachen-Nr.

0156/2016

öffentlich

Antrag

**der Fraktion, der/des Stadtverordneten
ALFA-Fraktion**

**zur Sitzung:
Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 03.05.2016**

Tagesordnungspunkt

**Antrag der ALFA-Fraktion vom 18.04.2016 (eingegangen am 18.04.2016)
zur Auflösung und Neubesetzung von Ausschüssen**

Inhalt:

Mit Schreiben vom 18.04.2016 (eingegangen am 18.04.2016) beantragt die ALFA-Fraktion eine Auflösung und Neubesetzung der folgenden Ausschüsse:

Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann

Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW

Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr

Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport

Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss

Flächennutzungsplanausschuss

Wahlprüfungsausschuss

Wahlausschuss

Das Schreiben der ALFA-Fraktion ist dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Durch die Auflösung der AfD-Fraktion - der vier Ratsmitglieder angehörten - und Bildung der ALFA-Fraktion hat sich eine Änderung der Kräfteverhältnisse im Rat ergeben. Die ALFA-Fraktion setzt sich aus drei Mitgliedern des Rates zusammen, ein ehemaliges Mitglied der AfD-Fraktion (Herr Schütz) führt sein Mandat als Ratsmitglied ohne Fraktionszugehörigkeit fort.

Gleichzeitig besteht diesbezüglich in den Ausschüssen noch die Situation aus der Zeit vor der Bildung der ALFA-Fraktion, so dass nach wie vor die sachkundige Bürgerinnen und Bürger Mitglieder oder stellvertretende Mitglieder sind, die auf Vorschlag der ehemaligen AfD-Fraktion vom Rat gewählt wurden. Herr Schütz ist in der Sitzung des Rates am 08.09.2015 von seinen bisherigen Ausschusssitzen zurückgetreten und auf seinen Wunsch vom Rat als beratendes Mitglied in den Haupt- und Finanzausschuss gewählt worden.

Zur Sitzung des Rates am 15.12.2015 beantragte die ALFA-Fraktion Umbesetzungen in Ausschüssen ausschließlich dahingehend, dass Ausschusssitze, die auf Vorschlag der ehem. AfD-Fraktion vom Rat besetzt worden waren und die nach Rücktritten von Ausschussmitgliedern derzeit nicht besetzt sind (NN), mit von der ALFA-Fraktion vorgeschlagenen Mitgliedern neu durch den Rat besetzt werden. Das Vorschlagsrecht hat im Falle des Ausscheidens von Ausschussmitgliedern die Fraktion, von der das ausgeschiedene Ausschussmitglied bei der Besetzung des Ausschusses vorgeschlagen wurde (§ 50 Absatz 3 letzter Satz GO NRW: Scheidet jemand vorzeitig aus einem Ausschuss aus, wählen die Ratsmitglieder auf Vorschlag der Fraktion oder Gruppe, welcher das ausgeschiedene Mitglied bei seiner Wahl angehörte, einen Nachfolger.).

Die Verwaltung hatte in der Ratssitzung am 15.12.2015 vorgetragen, dass im Fall der Umfirmierung der bisherigen AfD-Fraktion zu einer neuen Fraktion namens ALFA unter Beibehalt der bisherigen Mitglieder die neue ALFA-Fraktion die Nachfolge bestimme. Dies gelte auch dann, wenn der ursprünglichen AfD-Fraktion nach der Kommunalwahl ein gewählter Einzelbewerber beigetreten ist, der aber in der neuen ALFA-Fraktion nicht mehr vertreten sein möchte, also wieder seinen Einzelmandatsträgerstatus annimmt.

Aus den Reihen des Rates wurde dazu geäußert, die ALFA-Fraktion verfüge nicht über das Recht auf Vorschlag einer Nachbesetzung, da sie bei der Besetzung der Ausschüsse in der konstituierenden Ratssitzung noch gar nicht bestanden habe. Es sei keine Umfirmierung im Sinne einer Umbenennung erfolgt, sondern vielmehr eine Neugründung einer Fraktion, was nicht als Umfirmierung gewertet werden könne. Der Antrag wurde daraufhin vertagt.

Vor diesem Hintergrund ist festzustellen, dass es in den Ausschüssen derzeit kein Ausschussmitglied oder stellvertretendes Ausschussmitglied gibt, das nach Auflösung der ehem. AfD-Fraktion auf Vorschlag der neu gegründeten ALFA-Fraktion vom Rat in einen Ausschuss gewählt wurde.

Im Hinblick auf die Ausführungen des Bundesverwaltungsgerichts zur Spiegelbildlichkeit von Rat und Ausschüssen stellt sich im Falle der Veränderung von Kräfteverhältnissen im Rat die Frage, ob der Rat in bestimmten Fällen verpflichtet ist, durch Auflösung und Neubildung der Ausschüsse die Ausschussbesetzung an die geänderten Kräfteverhältnisse anzupassen.

Nicht jede Änderung der Kräfteverhältnisse im Rat im Verlaufe einer Wahlperiode darf dazu führen, dass Ausschüsse aufgelöst und neu besetzt werden, denn auch fehlende personelle

Kontinuität kann die Arbeitsfähigkeit der Ausschüsse beeinträchtigen. Allerdings kommt der Spiegelbildlichkeit der Ausschüsse im Hinblick auf das Demokratieprinzip Verfassungsrang zu; die Ausschüsse legitimieren sich gerade dadurch, ein verkleinertes Abbild des Gesamtplenums zu sein. In Anbetracht dieses Spannungsverhältnisses ist im Falle der Änderung von Kräfteverhältnissen im Rat eine Prüfpflicht des Rates anzunehmen, ob sich wesentliche Veränderungen im Kräfteverhältnis ergeben haben, die die Repräsentations- und Vorbereitungsfunktion der Ausschüsse vereiteln würden und ob deshalb die Besetzung eines oder mehrerer Ausschüsse durch Auflösung und Neubildung der Ausschüsse spiegelbildlich anzupassen ist.

Hierzu die Bezirksregierung Köln: „Die in sein Ermessen gestellte Befugnis des Kreistages zur Neubildung eines Ausschusses kann sich zu einer gebundenen Entscheidung verdichten, wenn durch Veränderung der Mehrheitsverhältnisse im Kreistag die Spiegelbildlichkeit der Ausschussbesetzung im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts [Spiegelbildlichkeit, Tönisvorst-Urteil] nicht mehr gewährleistet ist.“

Unabhängig von der Frage, ob eine Pflicht des Rates zur Auflösung von Ausschüssen besteht, ist eine Auflösung eines Ausschusses oder mehrerer Ausschüsse mit anschließender Neubesetzung auch gegen den Willen einzelner Ausschussmitglieder zulässig und wird in den Kommentierungen zur GO NRW ausdrücklich als Möglichkeit der Änderung der Besetzung der Ausschüsse benannt.

Derzeit ist in keinem Ausschuss ein vom Rat auf Vorschlag der ALFA-Fraktion gewähltes Ausschussmitglied vertreten und über ein gegenüber dem Rat durchsetzbares Vorschlagsrecht betreffend durch Ausscheiden frei gewordene Ausschusssitze im Zuge der Nachbesetzung (§ 50 Absatz 3 letzter Satz GO NRW) verfügt die ALFA-Fraktion deshalb ebenfalls nicht. Es ist zwar festzustellen, dass die ALFA-Fraktion derzeit zumindest von den Ausschussmitgliedern in den Ausschüssen vertreten wird, die als Ratsmitglieder auch Mitglieder der ALFA-Fraktion sind. Betreffend die auf Vorschlag der ehem. AfD-Fraktion in die Ausschüsse gewählten sachkundigen Bürgerinnen und Bürger kann eine solche Aussage jedoch durch die Verwaltung nicht getroffen werden. In diesen Ausschüssen wäre die ALFA-Fraktion gegebenenfalls derzeit nicht vertreten.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Verwaltung dem Rat, die Ausschüsse antragsgemäß durch Mehrheitsbeschluss aufzulösen und anschließend neu zu besetzen.

In diesem Falle müsste das Ausschussbesetzungsverfahren aus der konstituierenden Sitzung wiederholt werden: einstimmiger Beschluss eines einheitlichen, d.h. von einer Ratsmehrheit eingebrachten Wahlvorschlages oder Besetzung durch Wahl nach Hare-Niemeyer, falls kein einheitlicher Wahlvorschlag unterbreitet oder ein solcher nicht einstimmig beschlossen würde. In der Folge wären auch die betreffenden Ausschussvorsitze neu zu bestimmen.

Der Jugendhilfeausschuss könnte allerdings nicht aufgelöst und neu besetzt werden, da er für die Dauer der Wahlperiode besetzt wurde. Eine Nachbesetzung kommt nur bei einem dauerhaften Ausscheiden eines Ausschussmitgliedes in Betracht. Falls ein Mitglied oder stellvertretendes Mitglied, das auf Vorschlag der ehemaligen AfD-Fraktion in den JHA gewählt wurde, aus dem JHA ausscheidet, so hätte im Zweifel niemand ein durchsetzbares Vorschlagsrecht für eine Nachbesetzung, der Ausschusssitz bliebe (dauerhaft) frei, es sei denn, der Rat würde einstimmig eine Nachbesetzung wählen. Vorliegend ist ein stellvertretender Ausschusssitz unbesetzt (NN).

Mit Schreiben vom 14.04.2016, das am 18.04.2016 bei der Verwaltung eingegangen ist, und mit Schreiben vom 19.04.2016, das am 19.04.2016 bei der Verwaltung eingegangen ist, wurde dem Bürgermeister angezeigt, dass das Ratsmitglied Herr Samirae (bisher ohne Fraktionszugehörigkeit) in die Fraktion DIE LINKE. aufgenommen worden sei und diese nun die neue Bezeichnung „Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL“ führe. Die Besetzungsvorschläge der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL können – wie die Anträge der übrigen Fraktionen – im Zuge einer Auflösung und Neubesetzung der Ausschüsse von der Fraktion vorgelegt und dann in der Sitzung des Rates zur Abstimmung gestellt werden, was die Fraktion auch mit vorbezeichnetem Schreiben angekündigt hat.

Die Verwaltung schlägt den folgenden Verfahrensablauf vor:

1. Auflösungs- und Neubildungsbeschluss

Die Verwaltung schlägt dem Rat vor, folgenden Beschluss (einfacher Mehrheitsbeschluss, auch wenn der betreffende Ausschuss/die betreffenden Ausschüsse ursprünglich durch einheitlichen Wahlvorschlag besetzt wurden) zu fassen:

Die folgenden Ausschüsse werden aufgelöst und entsprechend den Vorgaben der vom Rat beschlossenen Zuständigkeitsordnung in ihren bisherigen Größen anschließend neu gebildet und gemäß § 50 Absatz 3 GO NRW wie folgt besetzt:

Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann (17 stimmberechtigte Ausschussmitglieder (Listenstellvertretung), 3 beratende Ausschussmitglieder (s.E.), die auf Vorschlag des Integrationsrates, Inklusionsbeirates und Seniorenbeirates gewählt werden (persönliche Stellvertretung))

Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW (17 stimmberechtigte Ausschussmitglieder (Listenstellvertretung), 2 beratende Ausschussmitglieder (s.E.), die auf Vorschlag des Inklusionsbeirates und Seniorenbeirates gewählt werden (persönliche Stellvertretung))

Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr (19 stimmberechtigte Ausschussmitglieder (Listenstellvertretung), 3 beratende Ausschussmitglieder (s.E.), die auf Vorschlag des Integrationsrates, Inklusionsbeirates und Seniorenbeirates gewählt werden (persönliche Stellvertretung), 1 beratendes Ausschussmitglied (Ratsmitglied), das in keinem anderen Ausschuss vertreten ist (ohne Stellvertretung))

Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport (19 stimmberechtigte Ausschussmitglieder (Listenstellvertretung), 5 beratende Ausschussmitglieder (s.E.), die auf Vorschlag des Integrationsrates, Inklusionsbeirates, Seniorenbeirates, Stadtverbandes Kultur und Stadtverband gewählt werden (persönliche Stellvertretung), 2 auf Benennung von den Kirchen (evangelische und katholische Kirche) berufene beratende Ausschussmitglieder gemäß § 85 Absatz 2 SchulG NRW (persönliche Stellvertretung), deren Mitwirkung gem. § 85 Absatz 3 SchulG NRW auf Gegenstände des Schulausschusses beschränkt bleibt, 1 auf Benennung der Schulleitungskonferenz berufenes beratendes Ausschussmitglied gemäß § 85 Absatz 2 SchulG NRW (persönliche Stellvertretung), dessen Mitwirkung gem. § 85 Absatz 3 SchulG NRW auf Gegenstände des Schulausschusses beschränkt bleibt)

Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss (17 stimmberechtigte Ausschussmitglieder (Listenstellvertretung), 3 beratende Ausschussmitglieder (s.E.), die auf Vorschlag des Integrationsrates, Inklusionsbeirates und Seniorenbeirates gewählt werden (persönliche Stellvertretung))

Flächennutzungsplanausschuss (17 stimmberechtigte Ausschussmitglieder (Listenstellvertretung), 1 beratendes Ausschussmitglied (s.E.), das auf Vorschlag des Seniorenbeirates ge-

wählt wird (persönliche Stellvertretung))

Wahlprüfungsausschuss (17 stimmberechtigte Ausschussmitglieder (Listenstellvertretung))

Wahlausschuss (Wahlleiterin/Wahlleiter als Vorsitzende/r, 10 Beisitzer (stimmberechtigte Ratsmitglieder oder stimmberechtigte sachkundige Bürgerinnen und Bürger) (persönliche Stellvertretung))

2. Einheitlicher Wahlvorschlag

Falls ein einheitlicher, d.h. von einer Ratsmehrheit eingebrachter, einziger Wahlvorschlag zur Besetzung eines Ausschusses oder mehrere Ausschüsse vorliegt und falls dieser einstimmig angenommen wird, ist die Ausschussbesetzung abgeschlossen (weiter mit Ziffer 6.). Für das Ergebnis eines einheitlichen Wahlvorschlages bestehen keine Grenzen zum Schutz einer Fraktion (betreffend Spiegelbildlichkeit), denn mit einem einstimmigen Beschluss hätten sich alle Ratsmitglieder mit der Zusammensetzung eines Ausschusses bzw. der Ausschüsse einverstanden erklärt. Sofern ein einheitlicher Wahlvorschlag nicht eingebracht oder nicht einstimmig beschlossen wird (weiter mit Ziffer 3.):

3. Grundsätzlicher Beschluss zur Besetzung der Ausschüsse

Bevor der Rat die Ausschüsse nach den Grundsätzen der Verhältniswahl besetzt wird (unten Ziffer 4.), weil ein einheitlicher Wahlvorschlag nicht zu Stande gekommen ist (oben Ziffer 2.), sollte ein Beschluss darüber gefasst werden, ob und wie stellvertretende Ausschussmitglieder gewählt werden. Wählt der Rat stellvertretende Ausschussmitglieder, so muss dem Ratsbeschluss entnommen werden können, wer im Einzelfall zur Vertretung eines bestimmten Ausschussmitgliedes berufen ist. Dies kann in der Weise geschehen, dass der Rat jedem Ausschussmitglied eine Vertreterin/einen Vertreter zuordnet (persönliche Stellvertretung), oder dass er für jede Fraktion mehrere Vertreterinnen oder Vertreter wählt, die in einer festgelegten Reihenfolge die verhinderten Fraktionsmitglieder in den Ausschüssen zu vertreten haben (Listenvertretung). Welches Ausschussmitglied im Einzelfall verhindert ist, ist in diesem Falle gleichgültig. In den betreffenden Ausschüssen mit Ausnahme des Wahlausschusses war bisher die Listenvertretung üblich, soweit spezialgesetzliche Regelungen keine persönliche Vertretung vorschreiben. Für die vorliegend neu zu besetzenden Ausschüsse ist dies nur betreffend den Wahlausschuss gem. § 6 Absatz 1 Satz 1 Kommunalwahlordnung NRW der Fall: „Für jeden Beisitzer des Wahlausschusses soll die Vertretung einen Stellvertreter wählen.“

Sofern der Rat dies beibehalten möchte, schlägt ihm die Verwaltung vor, folgenden Beschluss (einfacher Mehrheitsbeschluss) zu fassen:

Für die auf Vorschlag der Fraktionen gewählten ordentlichen Ausschussmitglieder werden Stellvertreterinnen und Stellvertreter im Rahmen einer Listenvertretung nach dem folgenden Verfahren gewählt:

Die Fraktionen unterbreiten ihre Ausschussbesetzungsvorschläge in Form einfach absteigender Listen, über die anschließend nach den Grundsätzen der Verhältniswahl abgestimmt wird. Die vorgeschlagenen Mitglieder, die dabei nicht vom Rat zu ordentlichen Ausschussmitgliedern gewählt werden, werden stellvertretende Ausschussmitglieder in der absteigenden Reihenfolge der Liste.

Für die zehn Beisitzerinnen/Beisitzer des Wahlausschusses und für beratende Mitglieder

in den übrigen Ausschüssen werden persönliche Stellvertretungen gewählt. Für Ratsmitglieder, die in keinem Ausschuss vertreten sind und deshalb vom Rat zum Mitglied mit beratender Stimme eines Ausschusses bestellt wurden (§ 58 Absatz 1 Sätze 10 bis 11 GO NRW), wird keine Stellvertretung gewählt.

Beispiel:

Eine Fraktion unterbreitet für einen Ausschuss den folgenden Besetzungsvorschlag:

1. Meier (Ratsmitglied)
2. Müller (s.B.)
3. Schulze (Ratsmitglied)

Nach den Grundsätzen der Verhältniswahl (Hare-Niemeyer) wird anschließend nur Meier (als erster Vorschlag in der Liste) zum ordentlichen Ausschussmitglied gewählt. Müller und Schulze werden damit in der vorstehenden Reihenfolge stellvertretende Ausschussmitglieder im Rahmen der Listenvertretung. [Beispiel Ende]

Dieses Verfahren hat zur Folge, dass die Anzahl der stellvertretenden Ausschussmitglieder ausschließlich vom Listenvorschlag der jeweiligen Fraktion abhängig ist. Wäre die Liste im vorstehenden Beispiel länger gewesen, so hätte sich automatisch auch die Anzahl der stellvertretenden Ausschussmitglieder der Fraktion vergrößert.

Diesbezügliche einschränkende Festlegungen durch vorherigen Mehrheitsbeschluss des Rates wären zulässig, etwa ein die Zahl der stellvertretenden Ausschussmitglieder je Fraktion begrenzender Beschluss (z.B. Ergänzung des oben stehenden Beschlussvorschlages um den Zusatz „(...) es werden jedoch nicht mehr stellvertretende Ausschussmitglieder je Fraktion gewählt, als ordentliche Ausschussmitglieder für die betreffende Fraktion in den betreffenden Ausschuss gewählt wurden.“ - Nach vorstehendem Beispiel würde in diesem Fall nur Müller stellvertretendes Mitglied, Schulze bliebe außen vor.), oder ein Beschluss, dass ausschließlich Ratsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge zu stellvertretenden Ausschussmitgliedern bestellt werden (so z.B. Beschluss des Rates der Stadt Köln in seiner konstituierenden Sitzung am 24.06.2014: „Der Rat beschließt, als Vertretungsregelung für die Ausschüsse – je Fraktion – **die Vertretung in alphabetischer Reihenfolge durch die übrigen Ratsmitglieder** vorzusehen. Die Fälle, in denen auf Grund besonderer gesetzlicher Vorgaben eine persönliche Vertretung vorgeschrieben ist, bleiben hiervon unberührt.“). Auch ein Beschluss, mit dem die Anzahl der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger je Fraktion, die zu stellvertretenden Ausschussmitgliedern gewählt werden können, begrenzt wird, wäre möglich (z.B. Ergänzung des oben stehenden Beschlussvorschlages um den Zusatz „(...) es werden jedoch nicht mehr sachkundige Bürgerinnen und Bürger je Fraktion zu stellvertretenden Ausschussmitgliedern gewählt, als ordentliche Ausschussmitglieder für die betreffende Fraktion in den betreffenden Ausschuss gewählt wurden, darüber hinaus gehende Vorschläge in den von den Fraktionen vorgelegten Listen bleiben unberücksichtigt.“

Durch derartige Festlegungen würde im Ergebnis nicht nur die Zahl der stellvertretenden Ausschussmitglieder je Fraktion, sondern in der Folge auch die Zahl der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger begrenzt.

In den Ausschüssen des Rates der Stadt Bergisch Gladbach sind die Fraktionen derzeit mit **57** sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern (als ordentliche oder stellvertretende Mitglieder der Ausschüsse) vertreten. Zusätzlich wurden **33** sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

vom Rat zu beratenden oder stellvertretenden beratenden Ausschussmitgliedern gewählt. Es wäre bei Listenvertretung auch möglich, die stellvertretenden Ausschussmitglieder in einem separaten Wahlgang mit gesonderten Listen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl zu wählen. In diesem Fall wäre die Anzahl der stellvertretenden Ausschussmitglieder dann auf die sich nach dem Verhältniswahlverfahren (Hare-Niemeyer) auf die Liste entfallenden Sitze beschränkt, dürfte in der Folge also mit der Anzahl der ordentlichen Ausschussmitglieder identisch sein.

Soweit eine Vertretung nicht gesetzlich vorgeschrieben ist, wäre es alternativ auch zulässig, vollständig auf eine Wahl stellvertretender Ausschussmitglieder zu verzichten. Für die Ausschüsse, die von dem Antrag der ALFA-Fraktion umfasst sind, besteht keine gesetzliche Vorgabe, stellvertretende Ausschussmitglieder zu wählen (Ausnahme: persönliche Stellvertretung im Wahlausschuss gem. § 6 Absatz 1 Satz 1 Kommunalwahlordnung NRW).

4. Besetzung der Ausschüsse nach den Grundsätzen der Verhältniswahl (Hare-Niemeyer)

Ist der einheitliche Wahlvorschlag (oben Ziffer 2.) nicht zu Stande gekommen, so wird, nachdem eine der unter oben Ziffer 3. dargestellten Beschlussmöglichkeiten beschlossen wurde, nach den Grundsätzen der Verhältniswahl in einem Wahlgang für die Besetzung jedes Ausschusses abgestimmt. Dabei sind die Wahlstellen auf die Wahlvorschläge der Fraktionen des Rates – einzelne Ratsmitglieder haben kein Recht, Wahlvorschläge zu unterbreiten – entsprechend dem Verhältnis der Stimmzahlen, die auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallen, zur Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen zu verteilen. Jedem Wahlvorschlag werden zunächst so viele Sitze zugeteilt, wie sich für ihn ganze Zahlen ergeben. Sind danach noch Sitze zu vergeben, so sind sie in der Reihenfolge der höchsten Zahlenbruchteile zuzuteilen. Bei gleichen Zahlenbruchteilen entscheidet das Los.

Die Zulassung gemeinsamer Listen verschiedener Fraktionen mit dem Ziel der Erreichung einer günstigeren Sitzzuteilung bei der Ausschussbesetzung ist ausweislich der Judikatur des Bundesverwaltungsgerichtes nicht zu rechtfertigen, weil dadurch der verfassungsrechtliche Grundsatz der Spiegelbildlichkeit über das erforderliche Maß eingeschränkt würde (BVerwG, Urt. v. 09.12.2009).

Auch die Hereinnahme fraktionsfremder Mitglieder in den Wahlvorschlag einer Fraktion mit dem Ziel der Erreichung einer günstigeren Sitzzuteilung bei der Ausschussbesetzung ist aus denselben Gründen unzulässig.

Durch das vom Bundesverwaltungsgericht postulierte Spiegelbildlichkeitsprinzip kann jedoch nicht verhindert werden, dass einzelne Ratsmitglieder – ggf. aus strategischen Gründen – für andere Wahlvorschläge als den eigenen Fraktionsvorschlag stimmen, um damit einer Fraktion insgesamt zu einer numerisch besseren Besetzung in einem Ausschuss zu verhelfen; ein solches Verhalten ist durch das Recht des Ratsmitgliedes auf eine freie Mandatsausübung geschützt.

Bei den Wahlen zur Ausschussbesetzung können Stimmen nur auf die eingereichten Listen der Fraktionen abgegeben werden. Ja- oder Nein-Stimmen sind ungültig, weil sich aus ihnen nicht ergibt, was der Wählende will.

Bei der Besetzung der Ausschüsse muss die Zahl der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger

geringer sein als die Zahl der Ratsmitglieder, die in den jeweiligen Ausschuss gewählt werden (§ 58 Absatz 3 GO NRW). Der Rat kann beschließen, dass den Ausschüssen weniger sachkundige Bürgerinnen und Bürger als ordentliche Mitglieder angehören sollen, als es nach dieser gesetzlichen Vorgabe zulässig wäre, wovon bisher aber nicht Gebrauch gemacht wurde.

Ist an Hand der von den Fraktionen vorgetragenen Listenvorschläge erkennbar, dass die Zahl der voraussichtlich in einen Ausschuss gewählten stimmberechtigten sachkundigen Bürgerinnen und Bürger die sich aus der vorgenannten Regelung ergebende Höchstzahl oder eine vom Rat beschlossene niedrigere Höchstzahl überschreiten wird, so empfiehlt das MIK NRW mit Schreiben vom 02.09.2009, das folgende Verfahren anzuwenden: „Da keine Höchstzahlen wie beim d'Hondtschen Höchstzahlverfahren zur Verfügung stehen, gibt es keine bestimmte Reihenfolge, in der die Vorschläge [betreffend sachkundige Bürgerinnen und Bürger] aus den Listen [der Fraktionen] zu berücksichtigen sind. Es ist deshalb sinnvoll, sich vor der Abstimmung zu verständigen, wie viele Ratsmitglieder bzw. stimmberechtigte sachkundige Bürger nach dem voraussichtlichen Wahlergebnis auf die einzelnen Vorschläge der Fraktionen (...) entfallen werden und die Vorschläge dementsprechend aufzustellen. Kommt eine solche Einigung nicht zu Stande, so müssen die Zahl der Ratsmitglieder und die Zahl der sachkundigen Bürger auf die Vorschläge der Fraktionen (...) nach dem gleichen mathematischen Proportionalverfahren [Hare-Niemeyer] verteilt werden. (...) Hat der Rat (...) die Zahl der sachkundigen Bürger, die zu Ausschussmitgliedern gewählt werden können, nur bis zu einer bestimmten Zahl begrenzt, ohne dass diese Zahl auch ausgeschöpft werden muss, wird es ausreichend sein, die Verhältnisrechnung nur für die sachkundigen Bürger durchzuführen.“

Beispiel 1.:

Mögliches Wahlergebnis betreffend einen Ausschuss mit **19** stimmberechtigten Mitgliedern (insgesamt höchstens 9 sachkundige Bürgerinnen und Bürger als ordentliche, stimmberechtigte Ausschussmitglieder):

Liste	Stimmen	Sitze ges.	Stimmen ges.	Divisor*	Sitze ungerundet*	Sitze	Sitze geru.
CDU	26	19	60	3,1579	8,2333	8	8
SPD	15	19	60	3,1579	4,7500	4	5
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	10	19	60	3,1579	3,1667	3	3
ALFA	3	19	60	3,1579	0,9500	0	1
DIE LINKE. mit BÜRGERP. GL	3	19	60	3,1579	0,9500	0	1
FDP-Fraktion	3	19	60	3,1579	0,9500	0	1
gesamt:	60				19,0000	15	19

Ist aus den Listenvorschlägen vor dem Wahlgang absehbar, dass die Zahl der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger die Höchstzahl gemäß § 58 Absatz 3 GO NRW überschreiten wird und kommt eine Einigung über die Zahl der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger, die von den einzelnen Fraktionen dem Rat als ordentliche, stimmberechtigte Ausschussmitglieder vorgeschlagen werden dürfen, nicht zu Stande, so soll nach Empfehlung des MIK NRW vor dem Wahlgang zur Besetzung des Ausschusses auf Grundlage der Verhältnisrechnung der Anteil der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger an der Zahl der von der jeweiligen Fraktion vorgeschlagenen stimmberechtigten Ausschussmitglieder wie folgt bestimmt werden:

Zahl der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger, die jede Fraktion dem Rat als stimmberechtigte Ausschussmitglieder vorschlagen darf, Grundlage: Ausschuss mit 19 ordentlichen, stimmberechtigten Mitgliedern, davon mindestens 10 Ratsmitglieder, höchstens 9 sachkundige Bürgerinnen und Bürger (gesetzliche Höchstzahl):

CDU-Fraktion:

$26 \text{ (Stimmen für die Liste der Fraktion)} \times 9 \text{ (höchstens mit s.B. zu besetzende Ausschusssitze)} / 60 \text{ (Gesamtstimmen)} = 3,9$

Die CDU-Fraktion dürfte dem Rat somit **bis zu 4 s.B.** als ordentliche, stimmberechtigte Ausschussmitglieder vorschlagen, die übrigen vorgeschlagenen stimmberechtigten Mitglieder müssten Ratsmitglieder sein.

SPD-Fraktion

$15 \text{ (Stimmen für die Liste der Fraktion)} \times 9 \text{ (höchstens mit s.B. zu besetzende Ausschusssitze)} / 60 \text{ (Gesamtstimmen)} = 2,25$

Die SPD-Fraktion dürfte dem Rat somit **bis zu 2 s.B.** als ordentliche, stimmberechtigte Ausschussmitglieder vorschlagen, die übrigen vorgeschlagenen stimmberechtigten Mitglieder müssten Ratsmitglieder sein.

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

$10 \text{ (Stimmen für die Liste der Fraktion)} \times 9 \text{ (höchstens mit s.B. zu besetzende Ausschusssitze)} / 60 \text{ (Gesamtstimmen)} = 1,5$

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN dürfte dem Rat somit **bis zu 2 s.B.** als ordentliche, stimmberechtigte Ausschussmitglieder vorschlagen, die übrigen vorgeschlagenen stimmberechtigten Mitglieder müssten Ratsmitglieder sein.

ALFA-Fraktion

$3 \text{ (Stimmen für die Liste der Fraktion)} \times 9 \text{ (höchstens mit s.B. zu besetzende Ausschusssitze)} / 60 \text{ (Gesamtstimmen)} = 0,45$

Zwischen ALFA-Fraktion, Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und FDP-Fraktion wäre zu lösen, welche Fraktion dem Rat **eine/n s.B.** als ordentliches, stimmberechtigtes Ausschussmitglied vorschlagen darf.

Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL

$3 \text{ (Stimmen für die Liste der Fraktion)} \times 9 \text{ (höchstens mit s.B. zu besetzende Ausschusssitze)} / 60 \text{ (Gesamtstimmen)} = 0,45$

Zwischen ALFA-Fraktion, Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und FDP-Fraktion wäre zu lösen, welche Fraktion dem Rat **eine/n s.B.** als ordentliches, stimmberechtigtes Ausschussmitglied vorschlagen darf.

FDP-Fraktion

$3 \text{ (Stimmen für die Liste der Fraktion)} \times 9 \text{ (höchstens mit s.B. zu besetzende Ausschusssitze)} / 60 \text{ (Gesamtstimmen)} = 0,45$

Zwischen ALFA-Fraktion, Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und FDP-Fraktion wäre zu lösen, welche Fraktion dem Rat **eine/n s.B.** als ordentliches, stimmberechtigtes Ausschussmitglied vorschlagen darf.

Beispiel 2.:

Mögliches Wahlergebnis betreffend einen Ausschuss mit **17** stimmberechtigten Mitgliedern (insgesamt höchstens 8 sachkundige Bürgerinnen und Bürger als ordentliche, stimmberechtigte Ausschussmitglieder):

Liste	Stimmen	Sitze ges.	Stimmen ges.	Divisor*	Sitze ungerundet*	Sitze	Sitze geru.
CDU	26	17	60	3,5294	7,3667	7	7
SPD	15	17	60	3,5294	4,2500	4	4
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	10	17	60	3,5294	2,8333	2	3
ALFA	3	17	60	3,5294	0,8500	0	1
DIE LINKE. mit BÜRGERP. GL	3	17	60	3,5294	0,8500	0	1
FDP-Fraktion	3	17	60	3,5294	0,8500	0	1
gesamt:	60				17,0000	13	17

Ist aus den Listenvorschlägen vor dem Wahlgang absehbar, dass die Zahl der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger die Höchstzahl gemäß § 58 Absatz 3 GO NRW überschreiten wird und kommt eine Einigung über die Zahl der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger, die von den einzelnen Fraktionen dem Rat als ordentliche, stimmberechtigte Ausschussmitglieder vorgeschlagen werden dürfen, nicht zu Stande, so soll nach Empfehlung des MIK NRW vor dem Wahlgang zur Besetzung des Ausschusses auf Grundlage der Verhältnisrechnung der Anteil der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger an der Zahl der von der jeweiligen Fraktion vorgeschlagenen stimmberechtigten Ausschussmitglieder wie folgt bestimmt werden:

Zahl der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger, die jede Fraktion dem Rat als stimmberechtigte Ausschussmitglieder vorschlagen darf, Grundlage: Ausschuss mit 17 ordentlichen, stimmberechtigten Mitgliedern, davon mindestens 9 Ratsmitglieder, höchstens 8 sachkundige Bürgerinnen und Bürger (gesetzliche Höchstzahl):

CDU-Fraktion:

$26 \text{ (Stimmen für die Liste der Fraktion)} \times 8 \text{ (höchstens mit s.B. zu besetzende Ausschusssitze)} / 60 \text{ (Gesamtstimmen)} = 3,4667$

Die CDU-Fraktion dürfte dem Rat somit **bis zu 4 s.B.** als ordentliche, stimmberechtigte Ausschussmitglieder vorschlagen, die übrigen vorgeschlagenen stimmberechtigten Mitglieder müssten Ratsmitglieder sein.

SPD-Fraktion

$15 \text{ (Stimmen für die Liste der Fraktion)} \times 8 \text{ (höchstens mit s.B. zu besetzende Ausschusssitze)} / 60 \text{ (Gesamtstimmen)} = 2$

Die SPD-Fraktion dürfte dem Rat somit **bis zu 2 s.B.** als ordentliche, stimmberechtigte Ausschussmitglieder vorschlagen, die übrigen vorgeschlagenen stimmberechtigten Mitglieder müssten Ratsmitglieder sein.

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

$10 \text{ (Stimmen für die Liste der Fraktion)} \times 8 \text{ (höchstens mit s.B. zu besetzende Ausschusssitze)} / 60 \text{ (Gesamtstimmen)} = 1,3333$

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN dürfte dem Rat somit **bis zu 1 s.B.** als ordentliche, stimmberechtigte Ausschussmitglieder vorschlagen, die übrigen vorgeschlagenen stimmberechtigten Mitglieder müssten Ratsmitglieder sein.

ALFA-Fraktion

$3 \text{ (Stimmen für die Liste der Fraktion)} \times 8 \text{ (höchstens mit s.B. zu besetzende Ausschusssitze)} / 60 \text{ (Gesamtstimmen)} = 0,4$

Zwischen ALFA-Fraktion, Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und FDP-Fraktion wäre zu lösen, welche Fraktion dem Rat **eine/n s.B.** als ordentliches, stimmberechtigtes Ausschussmitglied vorschlagen darf.

Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL

$3 \text{ (Stimmen für die Liste der Fraktion)} \times 8 \text{ (höchstens mit s.B. zu besetzende Ausschusssitze)} / 60 \text{ (Gesamtstimmen)} = 0,4$

Zwischen ALFA-Fraktion, Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und FDP-Fraktion wäre zu lösen, welche Fraktion dem Rat **eine/n s.B.** als ordentliches, stimmberechtigtes Ausschussmitglied vorschlagen darf.

FDP-Fraktion

$3 \text{ (Stimmen für die Liste der Fraktion)} \times 8 \text{ (höchstens mit s.B. zu besetzende Ausschusssitze)} / 60 \text{ (Gesamtstimmen)} = 0,4$

Zwischen ALFA-Fraktion, Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und FDP-Fraktion wäre zu lösen, welche Fraktion dem Rat **eine/n s.B.** als ordentliches, stimmberechtigtes Ausschussmitglied vorschlagen darf.

[Beispiele Ende]

Die Verwaltung weist darauf hin, dass in dem vorstehend dargestellten Hare-Niemeyer-Verfahren **nicht die Stärken der Fraktionen** maßgeblich sind, sondern die **Anzahl der Stimmen**, die auf einen Wahlvorschlag entfallen. Sind in einem Falle der Neubesetzung von Ausschüssen auf diesem Wege **nicht alle Ratsmitglieder anwesend, so kann dies Auswirkungen auf die Besetzung der Ausschüsse haben.**

Es wird für jeden Ausschuss **ein** separater Wahlgang gemäß § 50 Absatz 3 GO NRW durchgeführt, falls der Rat zuvor den unter oben Ziffer 3. vorgeschlagenen Beschluss betreffend die Stellvertretung in den Ausschüssen gefasst hat. Die Fraktionen werden gebeten, frühzeitig (bis zum 26.04.2016) vor der Sitzung ihre Vorschlagslisten zur Besetzung der Ausschüsse bei der Verwaltung einzureichen, damit die Verwaltung die Wählbarkeit der vorgeschlagenen Personen bereits vor der Sitzung überprüfen kann, falls mit den Vorschlagslisten neue sachkundige Bürgerinnen und Bürger für die Ausschussbesetzung vorgeschlagen werden.

Sollte eine Prüfung der Wählbarkeit vor der Sitzung durch die Verwaltung nicht möglich sein, da die betreffende Fraktion ihre Listen nicht oder nicht rechtzeitig bei der Verwaltung eingereicht hat, so kann der Besetzungsvorschlag dieser Fraktion in der Ratssitzung nur unter dem Vorbehalt zur Abstimmung gestellt werden, dass die als sachkundige Bürgerinnen und Bürger vorgeschlagenen Personen wählbar sind.

Vor der Wahl sind die Vorschlagslisten von den Fraktionen in der Sitzung zu verlesen, es sei denn, sie liegen der Verwaltung so frühzeitig (siehe oben) vor, dass sie kopiert und den Ratsmitgliedern rechtzeitig übermittelt werden können. Die aktuelle Ausschussbesetzung ist aus Anlage I.9 zum Ortsrecht ersichtlich, die im Internet unter der Adresse <http://www.bergischgladbach.de/ortsrecht.aspx> abrufbar ist.

Nach jedem Wahlgang wird das Wahlergebnis an Hand des oben beschriebenen Verfahrens von der Verwaltung berechnet und von der Sitzungsleitung bekannt gegeben.

5. Beratende Ausschussmitglieder

a) Bestellung von beratenden Mitgliedern auf Benennung von Fraktionen, die in einem

Ausschuss nicht vertreten sind, zu beratenden Ausschussmitgliedern

Fraktionen, die in einem Ausschuss nicht vertreten sind, sind berechtigt, für diesen Ausschuss ein Ratsmitglied oder eine sachkundige Bürgerin/einen sachkundigen Bürger, der dem Rat angehören kann, zu benennen. Das benannte Ratsmitglied oder der benannte sachkundige Bürger wird vom Rat zum Mitglied mit beratender Stimme des Ausschusses bestellt (§ 58 Absatz 1 Sätze 7 bis 8 GO NRW, Ausnahmen: Jugendhilfeausschuss, Wahlausschuss). Für die pflichtigen Ausschüsse gemäß § 59 GO NRW dürfen gemäß § 58 Absatz 3 GO NRW keine sachkundigen Bürgerinnen und Bürger bestellt werden. Die Bestellung erfolgt durch Beschluss, nicht durch Wahl.

b) Bestellung von Ratsmitglieder, die in keinem Ausschuss Mitglied sind, zu beratenden Ausschussmitgliedern

Ein Ratsmitglied hat das Recht, mindestens einem der Ausschüsse als Mitglied mit beratender Stimme anzugehören. Das Ratsmitglied wird vom Rat zum Mitglied mit beratender Stimme eines Ausschusses bestellt (§ 58 Absatz 1 Sätze 10 bis 11 GO NRW, Ausnahmen: Jugendhilfeausschuss, Wahlausschuss). Die Bestellung erfolgt durch Beschluss, nicht durch Wahl. Dem betreffenden Ratsmitglied dürfte ein Anhörungsrecht zustehen, in welchem Ausschuss es beratendes Mitglied sein möchte – ein Anspruch auf Mitgliedschaft in einem bestimmten Ausschuss besteht allerdings nicht, hierüber entscheidet der Rat in eigener Verantwortung. Bisher war Herr Samirae auf seinen Wunsch vom Rat zum beratenden Mitglied des AUKIV, die Herren Santillán und Schütz zu beratenden Mitgliedern des HFA bestellt.

c) weitere beratende Ausschussmitglieder

Der Rat kann darüber hinaus weitere beratende Ausschussmitglieder wählen. Als Mitglieder mit beratender Stimme können den Ausschüssen (mit Ausnahme der pflichtigen Ausschüsse nach § 59 GO NRW und mit Ausnahme des Jugendhilfeausschusses und des Wahlausschusses) gem. § 58 Absatz 4 GO NRW volljährige sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner angehören. In den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport als Schulausschuss ist je eine oder ein von der katholischen Kirche und der evangelischen Kirche benannte Vertreterin oder benannter Vertreter als ständiges Mitglied mit beratender Stimme zu berufen und können Vertreterinnen und Vertreter der Schulen (hier: eine Vertreterin/ein Vertreter der Schulleitungskonferenz) zur ständigen Beratung berufen werden (§ 85 SchulG NRW). Auf Grund entsprechender Ratsbeschlüsse und vorliegend auf Grund des Beschlusses unter Ziffer 1. waren auf Vorschlag der im folgenden bezeichneten Gremien/Organisationen/Institutionen bisher die folgenden sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner als ständige beratende Mitglieder durch Mehrheitswahl in die folgenden Ausschüsse gewählt worden und können vom Rat wieder gewählt werden, da keine davon abweichenden Vorschläge vorliegen:

Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann

auf Vorschlag des Integrationsrates:

ordentliches beratendes Mitglied
Iyilik, Bülent

persönlich stellvertretendes beratendes Mitglied
Basyigit, Saim

auf Vorschlag des Inklusionsbeirates:

ordentliches beratendes Mitglied
Klein, Manfred

persönlich stellvertretendes beratendes Mitglied
Thien, Holger

auf Vorschlag der Schulleitungskonferenz:

ordentliches beratendes Mitglied
Lambertz, Florian

persönlich stellvertretendes beratendes Mitglied
Bertenrath, Felix

auf Vorschlag des Stadtverbandes Kultur:

ordentliches beratendes Mitglied
Dr. Speer, Lothar

persönlich stellvertretendes beratendes Mitglied
Fischer, Michael

auf Vorschlag des Stadtsportverbandes:

ordentliches beratendes Mitglied
Adolphs, Rainer

persönlich stellvertretendes beratendes Mitglied
Greifenberg, Jörn

Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss

auf Vorschlag des Integrationsrates:

ordentliches beratendes Mitglied
Samirae, Frank

persönlich stellvertretendes beratendes Mitglied
Panzer, Martin

auf Vorschlag des Inklusionsbeirates:

ordentliches beratendes Mitglied
Thien, Holger

persönlich stellvertretendes beratendes Mitglied
Klein, Manfred

auf Vorschlag des Seniorenbeirates:

ordentliches beratendes Mitglied
Mohr, Josef

persönlich stellvertretendes beratendes Mitglied
Marx, Olaf K.

Flächennutzungsplanausschuss

auf Vorschlag des Seniorenbeirates:

ordentliches beratendes Mitglied
Krafft, Jürgen

persönlich stellvertretendes beratendes Mitglied
Kohlschmidt, Wolfgang

6. Verteilung der Ausschussvorsitze (d'Hondt)

Die Vorsitze in den Ausschüssen sind wie folgt verteilt:

Ausschuss	Vorsitz	stv. Vorsitz
ASWDG	Fr. Holtzmann (CDU-Fraktion)	Fr. Holz-Schöttler (SPD-Fraktion)
AAB	Hr. Steinbüchel (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)	Hr. Wagner (CDU- Fraktion)
AUKIV	Hr. Buchen (CDU- Fraktion)	Hr. Außendorf (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

ABKSS	Hr. Neu (SPD-Fraktion)	Fr. Lehnert (CDU-Fraktion)
SPLA	Hr. Höring (CDU-Fraktion)	Hr. Waldschmidt (SPD-Fraktion)
FNPA	Fr. Winkels (SPD-Fraktion)	Fr. Bilo (CDU-Fraktion)
WPA	Hr. Schacht (CDU-Fraktion)	Hr. Dr. Metten (CDU-Fraktion)

Den Vorsitz im Wahlausschuss führt die Wahlleiterin/der Wahlleiter (§ 2 Absatz 3 Kommunalwahlgesetz NRW).

Gemäß § 58 Absatz 6 GO NRW ist das Verfahren zur Besetzung der Ausschussvorsitze nach § 58 Absatz 5 GO NRW zu wiederholen, wenn während der Wahlperiode Ausschüsse neu gebildet, aufgelöst oder ihre Aufgaben wesentlich verändert werden.

Unter Auflösung eines Ausschusses im Sinne der vorstehenden gesetzlichen Regelung ist nur eine ersatzlose Auflösung, die mit einer Veränderung der Ausschussstruktur verbunden ist, gemeint. Wird der Ausschuss nach der Auflösung gleich wieder neu gebildet, so ist das Zugriffsverfahren nicht neu durchzuführen (VG Gelsenkirchen, Urt. vom 16.07.1993, NWVBl. 1994, S. 179). Dies entspricht auch der ständigen Beratungspraxis des StGB NRW (vgl. Mitteilung des StGB NRW vom 05.11.1992, lfd. Nr. 500, dort unter Ziffer 4.).